

PRESSEMITTEILUNG

20.01.2011

Zumeldung zu:

Pressemitteilung des FM "Steuerverwaltung des Landes arbeitet immer effektiver"

DSTG widerspricht Finanzminister Stächele:

„Wir sind weit entfernt von einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung!“

Mit Verwunderung hat die DSTG – die Fachgewerkschaft der rund 14.000 Beschäftigten in der Steuerverwaltung - die euphorische Einschätzung von Minister Stächele zur Situation in den Finanzämtern zur Kenntnis genommen. „Es brennt an allen Ecken und Enden“, so der Landesvorsitzende Klaus Becht in einer ersten Stellungnahme. Das Steuerrecht werde von Jahr zu Jahr konfuser. „Allein Tausende von Selbstanzeigen wegen der Schweiz-CD haben uns zusätzliche Arbeit gemacht. Wir müssen die Arbeit mit immer weniger Personal leisten. In den letzten 10 Jahren wurden rund 2000 Stellen abgebaut, also rund 12 Prozent des Personals“.so Becht. Das Fazit von Becht: „Von einer gleichmäßigen Besteuerung kann keine Rede sein!“

Becht bezieht sich vor allem auch auf Einschätzungen des Bundesrechnungshofes und des Landesrechnungshofes. Diese stellen seit Jahren gravierende Vollzugsdefizite fest, weil Steuererklärungen zu wenig geprüft werden können. Den oft vorgebrachten Einwand, durch mehr EDV sei eine Effizienzsteigerung möglich, weist Becht entschieden zurück. „Zur Zeit erleben wir wieder, dass uns eine neue EDV-Welt wieder um viele Wochen zurückwerfen wird“. Der Steuerzahler werde dies daran merken, dass seine Erstattungen voraussichtlich ab April 2011 länger auf sich warten lassen.

Sowohl bei der Erstveranlagung von Steuererklärungen wie auch bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung sei die Personaldecke viel zu kurz. In vielen Fällen sei es so, dass Rentner intensiver überprüft werden als Unternehmen. So würden Kleinbetriebe statistisch nur alle 27 Jahre überprüft. Becht: „Wer hier von Steuergerechtigkeit rede, müsse Nachhilfe in Sachen Grundgesetz nehmen“! In vielen Ländern sei auch die Steuerfahndung viel besser ausgestattet. Der Satz „Wir können alles, außer Hochdeutsch“ stimme jedenfalls auf dem Gebiet des Steuervollzugs nicht. Das schleichende Gift der Steuerungerechtigkeit breite sich immer mehr aus.

Nach Einschätzung von Becht bemühen sich die Beschäftigten, aus der Sache das Beste zu machen. Sie leisteten Tag für Tag wertvolle Arbeit. Viele würden das aber mittlerweile mit gesundheitlichen Einschränkungen bezahlen.

Becht warnt daher die Politik dringend, weiteres Steuerpersonal abzubauen. Dies sei der völlig falsche Weg, den Haushalt zu konsolidieren. „Man könne nicht nur am Personal knapsen, auch die Einnahmen müssen stimmen“, so Becht abschließend.

Der Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hat seinen Gewerkschaftstag im November 2010 unter dem Motto

„Steuergerechtigkeit ade ?“

abgehalten und diese Frage nicht von ungefähr aufgeworfen.

Immer wieder hat der Rechnungshof des Landes in seinen Denkschriften auf entgangene Steuereinnahmen hingewiesen.

Der Finanzminister verweist auf ein Mehrergebnis von jährlich 1,6 Millionen €, das jeder Betriebsprüfer durchschnittlich erzielt. Im Jahr 2009 waren landesweit 110 Prüferstellen unbesetzt, weil die Steuerbeamten dringend zur Erledigung der Steuer-Erstattungsfälle im Innendienst benötigt wurden.

Alleine das sind hochgerechnet über 170.000.000 € entgangene Steuern.

Während Arbeitnehmer mehr oder weniger jeden Cent steuermindernder Ausgaben bei ihrer Steuererklärungen jedes Jahr nachweisen müssen, **werden Kleinbetriebe durchschnittlich nur alle 27 Jahre (!) geprüft.**

Als Kleinbetrieb sind z.B. Handwerker mit Jahresgewinnen bis zu 53.000 € oder Freiberufler mit Jahresgewinnen bis zu 123.000 € eingestuft.

Mittelbetriebe (Jahresgewinne je nach Betriebsart bis zu 540.000 €) werden durchschnittlich alle 15 Jahre geprüft.

Für Rentner und Arbeitnehmer gibt es mit Lohnsteuerkarten und Rentenbezugsmitteilungen ausgefeilte Kontrollmöglichkeiten.

Arbeitnehmer müssen ihr Einkommen an der Quelle versteuern (Lohnsteuer); sie können über diese Beträge niemals verfügen.

Bei allen anderen Einkunftsarten setzt man darauf, dass die Einkünfte a) überhaupt und b) ehrlich erklärt werden. Das versucht man durch gelegentliche, oft punktuell beschränkte Überprüfungen sicherzustellen.

Wie wenig gleichmäßig und gerecht die Besteuerung ist, darf man alleine aus den über 7400 Selbstanzeigen schließen, die in Baden-Württemberg im letzten Jahr erfolgt sind. Diese dürften nur die Spitze des Eisberges darstellen.

Mit rund 300 Steuerfahndern kann Steuerhinterziehung nur eingeschränkt verfolgt werden. Wie wenig abschreckend die Fahndung im Verbund mit einer strafbefreienden Selbstanzeige ist, zeigt die Zahl der Steuersünder, die sich bei jeder neuen Steuer-CD gemeldet hat.

Die DSTG stimmt dem Finanzminister zu, dass die Steuerverwaltung ausgezeichnete Arbeit in höchster Qualität leistet – aber zu welchem Preis?

Dafür wurde die Arbeitsbelastung ständig nach oben geschraubt. In den letzten 10 Jahren wurden rund 2000 Arbeitsplätze (12 %) abgebaut, die Arbeit also weiter verdichtet, obwohl sie alleine von der Gesetzesproduktion her gar nicht mehr zu bewältigen ist. Stressbedingte psychische Erkrankungen selbst relativ junger Beamter nehmen zu.

Von einem Ausbau des Personalbestandes kann bei diesem Stellenabbau wohl keine Rede sein; wenn der Bereich der Veranlagung personell gestärkt wurde, dann zu Lasten anderer Abteilungen, die nicht diese Außenwirkung entfalten.

Denn Bürger, die zu lange auf ihre Steuererstattung warten müssen, wehren sich. Es hat aber noch kein Gewerbebetrieb oder Freiberufler sich beschwert, weil keine Steuerprüfung stattgefunden hat.

Steuergerechtigkeit im Gesetzesvollzug sieht anders aus !